

spd/III/40

Hannover, 5. April 1948

## Europa, schütze dich selbst!

Von Friedrich Stampfer, New York

In dieser Zeit, in der man in Amerika so viel von Krieg spricht, richtet sich die Hoffnung derer, die Frieden wollen - ich will nicht sagen: die letzte Hoffnung - auf Europa. Der west-europäische Block, der sich auf den Fünferpakt von Brüssel gründet, kann Europa aus einem blossen Objekt der Politik wieder zu einem Subjekt machen. Europäische Politik in dieser Zeit - wenn sie nicht von allen guten Geistern verlassen ist - kann nur Friedenspolitik sein.

In einem dritten Weltkrieg hat Europa nichts zu gewinnen und alles zu verlieren. Das gilt vor allem für Deutschland. Krieg heisst für Deutschland Zertrümmerung des Letzten, das noch steht, und Vernichtung von fast allem, was noch lebt. Für die anderen Völker Europas sind die Aussichten nicht viel besser.

Muss sich also um des lieben Friedens willen Europa auf Gnade oder Ungnade dem Bolschewismus ergeben? Durchaus nicht. Ist einmal klar erkannt, dass Waffengewalt die westliche Kultur nicht schützen, sondern nur zerstören kann, so wird man desto eifriger nach Mitteln suchen, das weitere Vordringen der totalitären Kräfte aufzuhalten, und diese Suche braucht nicht vergeblich zu sein.

Ein politisch und wirtschaftlich konsolidiertes Europa kann unter umsichtiger Führung nicht nur den Bolschewismus in seinem Marsch nach dem Westen stoppen, sondern ihn auch zum Rückzug zwingen. Eine gute europäische Politik wird nicht durch fadenscheinige Versprechungen, sondern durch praktische Beispiele den Kommunismus bekämpfen. Sie wird durch die Tat zeigen, dass wirklicher Sozialismus demokratisch und nicht totalitär ist. Sie wird durch Selbständigkeit des Handelns beweisen, dass sie mit der kapitalistischen Wirtschaft anderer Länder kooperieren kann, ohne in Abhängigkeit von ihr zu geraten. Sie wird durch Förderung des Wohlstandes und Wahrung der persönlichen Freiheit beispielgebend wirken. Sie wird alle Anstrengungen darauf richten, ein Europa zu schaffen, in dem man besser und freier lebt als in den weiter östlich gelegenen despotisch regierten Ländern.

Das aber wird nur dann möglich sein, wenn man in ganz Europa bis an den Eisernen Vorhang hin Frieden, Freiheit und gleiches Recht regieren lässt. Präsident Truman hat in seiner Rede vor dem Kongress von dem "gerechten Frieden" gesprochen, den Amerika erstrebt. Aber die Dinge liegen heute schon so verzweifelt, dass das deutsche Volk mit seinen Wünschen gar nicht so weit geht. Es wäre bereit, auf die Gerechtigkeit, die in sehr weiter Ferne liegt; einwestilen zu verzichten, wenn es nur überhaupt einen Frieden bekommen könnte. Hier aber liegt der noch nicht dagewesene Fall vor, dass ein Volk, dessen ehemalige Machthaber bedingungslos die Waffen gestreckt haben und das täglich durch seine völlige Unterwerfung seinen Friedenswillen erkennen lässt, in einem Zwiellichtzustand zwischen Krieg und Frieden weiter dahinzuvergetieren gezwungen ist, dass diesem Volk - im Namen der Demokratie - das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten wird, das Land von einem Ende zum anderen besetzt ist und jede Abgrenzung der Rechte zwischen dem fremden Militär und der eingeborenen Bevölkerung fehlt.

Mit dem Krebs der Militärdiktatur im Leibe kann Europa den Kampf gegen ein anderes Diktatorsystem nicht zu einem siegreichen Ende führen. Ein gegen die bolschewistische Ansteckung gefeiertes Europa braucht ein Deutschland, das nicht nur wirtschaftlich gesund, sondern auch politisch frei ist. Ohne ein solches Deutschland ist der Kampf gegen den Bolschewismus nicht zu gewinnen, nicht mit politischen und schon gar nicht mit militärischen Mitteln.

Würden die Westmächte dagegen in Deutschland, soweit ihre Macht dort reicht, den Friedenszustand wieder herstellen und dem Volk das volle Selbstbestimmungsrecht zurückgeben, würden sie das Recht auch der Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang und aller Völker auf die gleiche Freiheit proklamieren, so wäre der kommunistischen Propaganda ein tödlicher Schlag versetzt und das ganze östliche Satellitensystem ins Wanken gebracht.

Der Brüsseler Fünferpakt richtet sich der Form nach - gegen Deutschland. Das ist eine Fiktion, die niemand ernst nehmen wird. Aber gerade durch sie nimmt er den Franzosen ein Recht, das sie besser niemals in Anspruch genommen hätten, das Recht auf Angst. Als Glied einer Koalition, die mehr als hundert Millionen europäischer Menschen und eine halbe Milliarde anderer umfasst und die überdies unter der Patronanz der Vereinigten Staaten steht - auf eine solche Macht gestützt, braucht Frankreich wirklich vor dem zerschmetterten, für ein Jahrhundert niedergeworfenen Deutschland keine Furcht mehr empfinden. Es kann jetzt endlich die Bahn frei geben für eine konstruktive demokratische Europapolitik. Hier ist Hoffnung auf Frieden und Sieg ohne Krieg.

Der mächtigste Mann in Griechenland

Dwight Griswold, während dreier Wahlperioden der Gouverneur von Nebraska, ist der mächtigste Mann in Griechenland. Als Präsident Truman ihn ernannte, an der Spitze der amerikanischen Hilfsmission zu arbeiten, fragte man: Was weiß Griswold von Griechenland? Er wußte nichts, aber heute weiß er sehr viel. Er kam nach Athen in dem Glauben, daß er nur den Wiederaufbau überwachen sollte. Er kam mit 300 Mill. Dollar, und er kam mit Plänen, Häuser und Wege, Kraftwerke und Fabriken zu bauen, Land einzudämmen, den Korinth-Kanal wieder zu eröffnen. Aber in Griechenland wohnen andere Menschen als in Nebraska. Als er ankam, versicherte ihm die Regierung, daß das Banditenwesen schnell liquidiert würde, wenn nur das Herr amerikanische Waffen bekäme. Griswold sagte selbst, daß drei Monate vergingen, bevor er verstand, daß der Bürgerkrieg viel ernster war, als die Griechen einräumen wollten.

Seine erste Tat war, ein Programm für die Stabilisierung des Geldes und für Devisenkontrolle durchzuführen, und er zwang die Regierung, ein ausgeglicheneres Budget auszuarbeiten. Inzwischen reisten die Ingenieure durch das ganze Land. Als sie ihre Vorschläge über Wege und Eisenbahnen, Häfen, Flugplätze und Wohnungen, die instand gesetzt werden mußten, fertig hatten, war Griswold fest darüber im Klaren, daß der Wiederaufbau zwecklos ist, solange die zerstörenden Kräfte freies Spiel hatten. Er beschloß daher, die Hälfte seines Geldes für Waffen anzuwenden. Im Oktober hatte er die Geduld mit den griechischen Generalen verloren, die immer neue Gründe erfanden, um mit der Reinigung des Landes zu warten. Er bat Truman, ihm aktive amerikanische Offiziere zu Verfügung zu stellen. Sie sollten dem griechischen Generalstab und den einzelnen Divisionen beigeordnet werden, die an der Offensive teilnehmen. Die amerikanischen Offiziere haben kein Kommando, es ist ihnen verboten, direkt an den Operationen teilzunehmen, aber sie helfen, die Operation vorzubereiten, die ins Werk gesetzt werden sollen. Griswolds Offenheit schuf am Anfang Verwirrung. Es gibt keinen griechischen Politiker, der die Notwendigkeit sozialer Reformen bestreitet. Aber hier war plötzlich ein Mann, der mächtigste im Lande, der eine konkrete Meinung in die Verakredungen legte. Er griff ein und fragte: Waren wir nicht darüber einig, daß keine Zensur ausgeübt werden sollte? Waren wir nicht darüber einig, daß die Geldgesetze eingehalten werden sollten? Waren wir nicht darüber einig, daß die Parteien zusammenarbeiten und ihren Streit um Personen vergessen sollten?

Seine Macht zeigte sich, als der 86jährige Premierminister Themistocles Sofoulis im Winter damit drohte, abzugehen. Das Unglück ist, daß dieser Greis, der Führer der Liberalen Partei, wahrscheinlich im gegenwärtigen Griechenland der einzige ist, der mit der notwendigen Autorität die Partei sammeln kann. Aber seine Partei ist nicht die größte. Seit alter Zeit besteht zwischen den Liberalen und den Populisten der königstreuen Rechtspartei, unter der Leitung Tsaldaris, ein Haß.

Es war Sofoulis, den England vor zwei Jahren vor den Wahlen als Premierminister erzwang, unter peinlichen Szenen. Der damalige Regent, der Erzbischof Damaskinos, (auch ein Greis, der in seiner Jugend trotz seiner vornehmen geistlichen Stellung, die er später erreichte, ein professioneller Ringer war) drohte damit, abzugehen. Es war das erste Mal, daß die Amerikaner eingreifen mußten, um Englands Wunsch durchzusetzen.

Sofoulis, der kraft der Wünsche Englands und Amerikas nach einer Sammlungsregierung Premierminister geworden war, verlor die Wahlen 1946. Er wurde von dem Führer der Populisten, Tsaldaris, abgelöst. Unter dessen Leitung kehrte der König aus der Landflüchtigkeit zurück.

Er war noch Premierminister, als Griswold nach Athen kam. Griechenland bekam nun die Sammlungsregierung, die Amerika wünschte, wieder unter dem alten Sofoulis. Er nahm Tsaldaris als Außenminister. Ein paar Monate ging das glatt. Aber während der Weihnachtsfeiertage war der Premierminister in Nordgriechenland, wo er zur Bevölkerung sprach und so man seinem Programm zujubelte. Das fanden die anderen Parteien gefährlich. Sie wünschten nicht, daß seine Popularität größer würde, und man beschuldigte ihn, daß man seine Reise zu politischen Zwecken gebraucht habe. Da griff Griswold hart ein. Er verbot faktisch die Regierungskrise, die im Anzuge war.

Das sind die Bedingungen des Burgfriedens in Griechenland. Man sieht, daß es ein wenig schwer ist, einzuräumen, daß dort keine fremde Einmischung sei. Aber ohne diese würde das Ergebnis wahrscheinlich ein neuer Diktator sein. Ohne eine solche würde kein Politiker den Mut haben, die Ausgleichung des Budgets und die Einhaltung der Valutagesetze zu verlangen, die man doch jetzt wenigstens im Prinzip respektiert.

Was verstehen die Griechen denn unter einem demokratischen Regime? Ein fremder Diplomat saß in einer wichtigen Angelegenheit beim Transportminister. Da stürzte ein Mann herein, unangemeldet, und hielt dem Minister ein Paar zerrissene Hosen vor. "Sieh, was mir in Deiner verfluchten Straßenbahn passiert ist, meine Hosen wurden von einem Nagel in der Bank aufgerissen!" Ein anderer kann von einer Unterredung erzählen, die von einem Manne unterbrochen wurde, der zum Minister kam, um eine Stellung als Cellist im Rundfunkorchester zu erhalten. Der Minister erklärte dem Fremden, daß dieses doch der beste Beweis sei, den er von der griechischen Demokratie bekommen könnte. Offenbar fehlt es an einem Beamtenstand, der Mündigkeit hat. Die Beamten sind in der Regel so schlecht bezahlt, daß sie sich andere Einnahmen suchen müssen.

Auf diesem Hintergrund muß man nur die Tatsache sehen, daß Amerika teilnimmt an der Verwaltung. Es ist schmerzlich klar darüber, daß die 300 Millionen nicht ausreichen. Wahrscheinlich wird die Mission im Juli, wenn ihre Aufgaben formell aufhören sollen, in zwei Teile geteilt werden. Man wird dann besondere Bewilligungen für militärische Zwecke suchen, während die Aufgaben der Rekonstruktion nach dem Marshall-Plan gelöst werden. Die drei größten Häfen werden im Sommer ausgebessert sein, vier Flugplätze modernisiert, die Eisenbahn zwischen Saloniki und Athen und ein paar Hauptwege wieder fahrbar sein. Aber den

Städten fehlen eine ordentliche Wasserversorgung und Kloaken und man hat Dämme projektiert, die den Lande elektrischen Strom schaffen sollen. Durch Drainierung kann man noch Land gewinnen.

Dieses ungeheure Programm wird von den Amerikanern geleitet. Aber in steigendem Maße sollen die Griechen selbst beschäftigt werden, während die Amerikaner sich in die Rolle der Ratgeber zurückziehen wollen. Aber können diese Arbeiten die sozialen Probleme gleichfalls lösen? Griswold glaubt das selbst nicht. Es ist zu wenig Land, beinahe keine natürlichen Reichtümer. Er sieht Griechenlands Zukunft als ein Industrieland, das die Mittelmeerländer versorgen soll.

Es gibt Engländer und Amerikaner, die fragen: "Was wollen wir hier noch?" Täglich zeigen sich neue Schwierigkeiten, ständig tanzt das Leben in Athen unangefochten vom Elend und vom Kriege. Elf pompöse Generale sind endlich gezwungen worden, ihr Kommando niederzulegen. Sie hatten immer neue Erklärungen dafür, daß sie nicht bereit waren, in den Bergen zu kämpfen. Es gibt Generale, die lieber dafür kämpfen wollen, zu erobern und einen hundertjährigen Traum zu erfüllen, als das zu befrieden, was sie bereits an Land haben. Auch sie sehen die strategisch gefährlichen Positionen ihres Landes ein, aber sie haben sich daran gewöhnt, sie als ein Aktiv zu betrachten. 120 Jahre lang hat Griechenland davon profitiert, Alliierte zu haben, die die Positionen verteidigen wollten.

Binnen kurzen beginnen die Kämpfe in Nordgriechenland. Der amerikanische General Fleet, der Griswold zur Seite gestellt ist, hat der griechischen Regierung kalt erklärt, daß er die Ausrüstung des Heeres für genügend ansehe zu einem Gegenangriff. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß ein umfassender Angriff auch vom Aufbruch her kommen wird. Diesmal werden es keine Geplänkel sein, sondern Krieg, der von beiden Seiten ohne Gnade geführt wird.

Wann kommt da der Zeitpunkt, wo dieser Krieg politisch gefährlich wird, wo die Großmächte die Frage einer Intervention aufgreifen müssen, auf die die Feinbeligkeiten sich stützen? Maßgebende Männer sagen: Etwa im Sommer, kaum vorher. (b/B.1/54/hs)

#### Die Geschäfte der Herren Pferdenges & Co.

sp. Die "New York Times" veröffentlicht einen Aufsatz über westdeutsche Politiker, dem wir u.a. entnehmen:

"Kürzlich wurde einem französischen Syndikat von Rudolf Pferdenges, einem einflußreichen Kölner Bankier, ein Vorschlag gemacht, diesem Syndikat die Hälfte der Anrechte einer führenden Ruhr-Industrie zu verkaufen. Gemäß Pferdenges' Plan würden die infrage kommenden Anrechte an eine Gruppe verkauft werden, die geführt wird von der Familie de Wendel, von der man sagt, daß sie sich mit Rücksicht auf die Fortführung des Rüstungs- und Waffenhandels in einen französischen und deutschen Flügel gespalten haben soll. Wenn solch ein Handel zustande käme, würde er die etwaigen Entscheidungen betr. den Status der Schwerindustrie an der Ruhr, den Schlüssel zum deutschen Kriegs-

potential, weitgehend komplizieren.

Herr Pferdengies, von Freunden in der Christlich -demokratischen Union als der reichste Mann in Deutschland bezeichnet, war ein Vertreter von Franz v. Papen, Hjalmar Schacht und Friedrich Flick und stand schon einmal auf einer früher zusammengestellten Kriegsverbrecherliste. Aktiv im Hintergrund bizonaler Angelegenheiten, befindet sich Herr Pferdengies innerhalb einer Gruppe extremer Nationalisten - einige von diesen sind frühere Nazis - die einen starken bizonalen Einfluß besitzen. Einigen Militärregierungsbeamten zufolge erhält diese Gruppe Anweisungen von Partei-Politikern, mit denen sie nur auf "geheimen" Parteisitzungen zusammentreffen. Viele dieser Beamten der Vereinigten Staaten sind überzeugt, daß die Mitglieder dieser deutschen Gruppe, von denen die meisten mit der Christlich-Sozialen oder der Christlich-Demokratischen Union verbunden sind, in der Sabotage der Militärregierungs-Politik engagiert sind durch vorsätzliche Pflüscherei, verhängnisvolle Verzögerungen und Aufreizung zur Unzufriedenheit. Das bemerkenswerteste Mitglied dieser Gruppe war Dr. Johannes Semler.

Hinter den der Sabotage verdächtigen Amtsträgern befinden sich die Parteivorsitzenden der CDU. Diese politischen Führer umfassen Dr. Joseph Müller, der sich mit Sowjetfreundschaft rühmt, Fritz Schäffer und Konrad Adenauer, reaktionärer Vorsitzender der Partei für die britische Zone.

Unter jenen, die der Disaffektion und Sabotage verdächtigt werden, befindet sich Walter Strauss, der Dr. Semlers Stellvertreter war, und der, wie man hört, seinen Aufstieg in der Gunst der Militärregierung weitgehend dem Einfluß seines Jugendfreundes Otto Brodnitz von der USA-Wirtschaftsabteilung verdankt. Herr Strauss wird von politischen Gesinnungsfreunden der Vergangenheit als ein heftiger Konservativer und "extremer Militarist" beschrieben.

Ein anderer auf der Liste ist Baron Freiherr Eduard Otto von Maltzan, Berufsdiplomat und Neffe des früheren Botschafters in Washington. Er avancierte zum Rang eines Ratgebers unter Hitler. Eine Zeitlang war er zu der Auswärtigen Abteilung der I.G.-Farben abgestellt worden. Ein Briefwechsel zwischen I.G. Farben und dem Auswärtigen Amt pries den Baron in den höchsten Tönen. Auch ist er in hoher Achtung bei dem hiesigen französischen Botschafter Jacques Carbe de Saint Hardonin. Von Maltzan ist Leiter des Ausführ- und Einfuhramtes der Wirtschaftsabteilung.

Die Liste der Verdächtigen umfaßt weiter: Ludwig Erhardt, Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, früherer Wirtschaftsminister in Bayern, wo er im wesentlichen alle Schlüsselstellungen mit bekannten Nazis besetzte, Berater des Gauleiters Buerckel im Saargebiet und Leiter des hitlerischen Instituts für industrielle Forschung".

Die Liste umfaßt weiter folgende Namen: Freiherr von Lupin, Verwaltungsdirektor des Sonderamtes für Geld und Kredit in der Finanzabteilung, Fritz Busch, Generaldirektor der Eisenbahnverwaltung. Bei diesen und einer Reihe weiterer Männer der bizonalen Verwaltung werden stark belastende Einzelheiten über ihre politische Vergangenheit gebracht, die wir aus Platzgründen nicht veröffentlichen können.